№ 370
B 169
Abend-Ausgabe.

Berlin

Mittwoch, 23. Juli 1919

Vossische Zeitung

15 Pfennig

Begründet 1704

15 Pfennig

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Beilagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt

Im Verlage von Ullstein & Co. Verantwortl. für die Redaktion (mit Ausnahme des Handelsteils): i. V.: Rolf Galler in Berlin ★ Hauptgeschäftsstelle: Berlin SW, Kochstraße 22-26 ★ Fernsprech-Zentrale: Ullstein & Co. Moritzplatz 11 800. 11 801. 11 802 bis 11 850, sowie 15 280. 15 281. 15 282 bis 15 29[illegible]

Das Friedensprogramm der neuen Regierung.

Reden des Ministerpräsidenten Bauer und des Ministers des Auswärtigen Hermann Müller.

Der Friedens- und Versöhnungswille des deutschen Volkes. Für Revision des Versailler Vertrages.

Die große Sitzung in Weimar.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung".

✱ Weimar, 23. Juli.

Die lange erwarteten Programmreden der neuen Regierungsmitglieder hatten heute zu einem starken Besuch der Nationalversammlung geführt. Der Ministerpräsident Bauer sprach ungefähr eine Stunde. Die Wirkung seiner Ausführungen wurde nicht unwesentlich dadurch beeinträchtigt, daß er ein ausgearbeitetes Manuskript vorlas. Wer glaubte, daß diese Rede ein großes neues Wirtschaftsprogramm der Regierung bringen würde, muß enttäuscht sein. Allerdings kann sich die Regierung darauf berufen, daß sie von vornherein angekündigt hatte, sie würde das Programm der Regierung Scheidemann fortsetzen. Und dieses Versprechen hat Bauer in seiner heutigen Rede durchaus gehalten.

Neben polemischen Teilen, die sich sowohl gegen die äußerste Rechte als gegen die äußerste Linke richteten, enthielt die Rede Bauers die Ankündigung einer großen Anzahl von Einzelreformen und von bevorstehenden Maßnahmen der Gesetzgebung.

Bauer beschäftigte sich dann mit der Frage des Wirtschaftsprogramms und der Frage der Planwirtschaft. Er machte sich die Redeweise der Unabhängigen zu eigen, indem er ausführte, daß die sozialistischen Mitglieder des Kabinetts die Planwirtschaft deshalb abgelehnt hätten, weil sie in ihr die ernsteste Gefahr für die völlige Durchführung des Sozialismus sehen. Er wies aber auch weiter darauf hin, daß die Planwirtschaft die Einheit des Reiches dadurch gefährdet hätte, weil wiederum von Berlin aus zentralistisch und behördlich das ganze Wirtschaftsleben gegängelt worden wäre. Man muß zu dieser Kritik der Planwirtschaft bemerken, daß sie wirklich nicht die Planwirtschaft trifft, wie sie dem Reichswirtschaftsminister Wissell vorgeschwebt hat, der gerade den Aufbau von Selbstverwaltungskörpern an Stelle einer zentralistischen Gängelung des Wirtschaftslebens gesetzt wissen will. Es ist wirklich ein starres Verkennen der Ideen der Planwirtschaft, wenn man als stärksten Grund gegen sie, wie es Bauer tat, anführte, daß eine Gestaltung des gesamten Wirtschaftslebens nach einem Schema eine Unmöglichkeit sei. Diese schematische Regelung will die Planwirtschaft durch den Aufbau von Selbstverwaltungskörpern, in denen die Bedürfnisse der einzelnen Industrien nach ihren eigenen Wünschen in Einklang mit den Interessen der Gemeinschaft gebracht werden sollen, gerade vermeiden.

Das Programm, das nun der Planwirtschaft vom Minister Bauer gegenübergestellt wurde, lautete: „Alten Zwang zu brechen und neuen Zwang nicht einzuführen." Dieses Bekenntnis zu freier Wirtschaftsgestaltung wurde gemildert durch die Aufführung von drei Geboten, die für die künftige Wirtschaftspolitik richtunggebend seien: 1. Sozialisierung soweit als möglich und keinerlei neue Erschwerung für die künftige durchgehende Sozialisierung; 2. Sicherstellung des Bedarfs der Minderbemittelten an Nahrung und Kleidung; 3. Fernhaltung überflüssiger Luxuseinfuhr, die unsere Zahlungsmittel verschlechtern müßten, und überhaupt jede Einfuhr, die unseren Arbeitsmarkt ungünstig beeinflussen würde. In den Grenzen dieser drei Gebote soll aber Freiheit der Wirtschaft herrschen.

Als die wichtigste aller Aufgaben betrachtet die Regierung die Besserung der Ernährungslage. Aber auf eine Rationierung der wichtigsten Bestandteile der Volksernährung und Volksversorgung wird einstweilen nicht verzichtet werden können. Aber bei dem allgemeinen Abbau der Kriegsgesellschaften soll darauf Bedacht genommen werden, daß auf allen Gebieten der freie Handel nicht wieder zu verantwortungslosem Handel mit den Interessen der Allgemeinheit werde. Durch die Aufhebung der Devisenordnung wird es — darauf wies Bauer mit besonderem Nachdruck hin — ermöglicht, auch die Zensur des Brief- und Telegrammverkehrs endlich zu beseitigen. Auf der anderen Seite ist eine strenge Kontrolle der Ein- und Ausfuhr auch in Zukunft unentbehrlich.

Diese allgemeinen Ausführungen über das Wirtschaftsprogramm der Regierung, von denen man den Eindruck einer starken Führung leider vermisten muß, ergänzte nun Bauer weiter durch die Aufführung einer großen Anzahl von Reformarbeiten, die in Angriff genommen worden sind. Die Kriegsbeschädigten- und Hinterbliebenenfürsorge, die gesamte Rentenversorgung wird von dem Kriegsministerium auf das Reichsarbeitsministerium übertragen, und es wird diese Fürsorge unter Zivilverwaltung, aber auf neue Grundlage, gestellt werden, wobei die Mitwirkung von Vertretern der Fürsorgeberechtigten vorgesehen ist. Ferner wies Bauer auf die moderne Ausgestaltung des Arbeiterrechtes hin, die in Angriff genommen wird. Er erwähnte auch die Einsetzung der Betriebsräte und Wirtschaftsräte, vor allen Dingen aber betonte er mit der größten Nachdrücklichkeit, daß die Voraussetzung für allen Aufbau im Reiche und für die Erfüllung unserer Verpflichtungen im Friedensvertrag die Arbeit sei und das Vermeiden von Unterbrechungen durch wilde Streiks. Es wird deshalb in der Regierung ernsthaft das Problem der Einführung obligatorischer Schiedssprüche erwogen.

Der Friedensvertrag, so sagte der Ministerpräsident, ist einigermaßen nur dann durchführbar, wenn jeder Deutsche auf seinen Teil seines Selbstbestimmungsrechtes zugunsten der Allgemeinheit verzichtet.

Im letzten Teil seiner Rede wandte sich der Ministerpräsident in scharfen Worten gegen die Deutschnationale Partei und gegen alle Revanchegedanken.

•

Durch den Schluß seiner Ausführungen hatte Bauer gleichsam übergeleitet zu der Rede des Reichsministers des Aeußern Hermann Müller. Diese Rede Müllers war ein klares und unzweideutiges Bekenntnis zu einer in jeder Beziehung friedlichen Politik in der deutschen Zukunft. Als Ergebnis des Krieges ist für uns festzustellen — so führte er aus —, daß das deutsche Schwert in Zukunft als Hilfsmittel diplomatischer Kunst nicht mehr zählt. Die Welt hat an diesem einen Weltkrieg wahrlich genug. Wir wollen keine Revanche, sondern wir wollen die Revision des Vertrages von Versailles, die wir für notwendig halten, wenn die Welt mit neuem Geist erfüllt werden soll, durch friedliche Mittel herbeizuführen. Müller wandte sich gegen die Politik, die jetzt als Antwort auf die neue Bündnisbildung unserer bisherigen Feinde mit der Idee von deutschen Gegenbündnissen spiele. Er hielt diese Ideen für unvereinbar mit der wahren Völkerbundpolitik, die wir treiben müssen.

So wenig der Minister Müller geneigt ist, irgendwelche Unterschiede zwischen den Beziehungen zu machen, die wir in Zukunft zu den Völkern haben sollen, die er alle mit dem gleichen Geiste der Versöhnlichkeit behandelt wissen will, so sah er sich auf der anderen Seite doch genötigt, mit besonderer Schärfe gegen die letzte Rede Lloyd Georges zu polemisieren, die den Geist der Versöhnung, der die neue Zit beherrschen soll, ganz besonders vermissen lasse. Er wies darauf hin, daß die englische Politik in den letzten 150 Jahren, die für Deutschland eine Periode bitterer politischer Fehler gewesen sein sollen, mehr an der Seite der preußischen Politik gestanden habe als an der irgendeines anderen Volkes. Er betonte, daß, wenn es einer Läuterung für die Politik der letzten 150 Jahre bedarf, sicherlich nicht wir allein uns zu läutern hätten. Würden wir dazu verurteilt, die Läuterung allein zu übernehmen, so hätten wir ür die bitteren Irrtümer der britischen Politik, die noch mehr als die deutsche auf Gewalt und Eroberung eingestellt war, mit die Zeche zu zahlen.

Müller andte sich dann den Ostfragen zu. Er betonte die unzweideutigen Bemühungen der Regierung, die Räumung Lettlands so schnell wie möglich zu vollziehen. Er sprach die Hoffnung aus, daß sich zu den entstehenden Staatswesen im Osten gute Beziehungen werden erhalten lassen. Ueber Rußlands zukünftige Entwicklung zu prophezeien, ist zwecklos. Seit Jahr und Tag wird der baldige Untergang des russischen Reiches in Aussicht gestellt. Wir müssen uns aber heute an die Tatsache halten, daß in den Zentren des russischen Lebens, insbesondere in Moskau, Lenin herrscht. Für die deutsche Regierung muß als Grundsatz feststehen, daß wir uns in die inneren Angelegenheiten des russischen Volkes nicht einmischen, ebenso wie wir uns eine russische Einmischung in unsere eigenen inneren Angelegenheiten verbitten.

Mit besonderer Wärme betonte Müller noch die Zusammengehörigkeit mit Deutsch-Oesterreich. Er hob hervor, daß der Gedanke des Zusammenschlusses, der aus der Selbstbestimmung folge, nicht durch die Bestimmungen des Friedensvertrages getötet werden könne, und daß wir auch in dieser Beziehung auf eine baldige Revision der Bestimmungen des Friedensvertrages hoffen. Müllers Rede war mehr eine Uebersicht über die Probleme der äußeren Politik als ein Programm zu bestimmtem Handeln. Nur in dem Bekenntnis zu einer rein friedlichen Politik, in der Ablehnung jeder Revanche-Idee und in der Betonung des Glaubens an die Möglichkeit, Milderungen des Druckes des Versailler Friedens auf dem Verhandlungswege zu erzielen, lag die positive Linie, die alle einzelnen Ausführungen Müllers durchzog.

Nach den beiden Reden der Minister, die nur selten von der äußersten Rechten oder von der äußersten Linken durch Widerspruch unterbrochen wurden, und die zum Schluß den lebhaftesten Beifall der Mehrheit ernteten, wurde die Sitzung geschlossen.

Die morgige Sitzung wird mit der Begründung der Interpellationen beginnen.

•

Der Wortlaut der Rede des Ministerpräsidenten Bauer befindet sich in der Beilage.

Die Rede des Ministers Müller.

Meine Damen und Herren! Der Herr Ministerpräsident hat Ihnen soeben die Grundsätze entwickelt, nach denen das Kabinett die deutsche Politik zu führengedenkt. Er hat dabei auch unsere künftigen Beziehungen zu den übrigen Völkern gestreift. Das war notwendig, denn unsere äußere und innere Politik müssen einheitlich sein. Als das Staatswesen, welches das freieste Wahlrecht der Welt eingeführt hat, als das Staatswesen, das am weitgehendsten die Frauen als voll gleichberechtigte Staatsbürgerinnen am öffentlichen Leben beteiligt, als das Staatswesen, das die Forderung der internationalen organisierten Arbeiterklassen, ie wsie in eBrn und Leeds formuliert wurden, zu seinem Programm erhoben hat, treten wir in die neue Zeit ein, die, wie uns unsere bisherigen Feindeversichern, nach diesem Kriege anbrechen soll.

Durch den härtesten Frieden gefesselt, der seit Einführung der christlichen Zeitrechnung je einem Volke auferlegt wurde, müssen wir dennoch versuchen, auf den freiheitlichen Bahnen vorwärts zu schreiten. Nur so können wir moralische Eroberungen in der Welt machen. Die Welt soll sich davon überzeugen, daß der Verlust von zwei Millionen Toten, die dieser Krieg Deutschland gekostet hat, in dem deutschen Volke die Ueberzeugung gefestigt hat, daß Streitigkeiten unter den Völkern nicht mehr mit Pulver und Blei ausgefochten werden dürfen. Solange es Menschen geben wird, die sich an diese Kriegsjahre erinnern werden, solange die Krüppel dieses Krieges als lebendige Wahrzeichen dieser entsetzlichen Jahre die Straßen und Dörfer und Städte bevölkern, wird es in keinem der am Kriege beteiligt gewesenen Länder einem Staatsmann gelingen, das Volk wiederum in einen Krieg zu führen. Ein einziger Schrei aus den geängstigten Herzen von Millionen Müttern würde hm begreiflich machen, daß die Zeiten vorbei sind, in denen Menschenleben so niedrig im Werte standen wie in den letzten fünf Jahren.

Gewiß, es wird manchem schwer fallen, sich in die Zeit einzufühlen, in der wir uns nun einmal befinden, aber unsere Lage ist doch wirklich klar. Al sErgebnis des Krieges ist für uns festzustellen, daß das deutsche Schwert in Zukunft als Hilfsmittel diplomatischer Kunst nicht mehr zählt. Es ist uns eine so gründliche Abrüstung auferlegt, daß es zweifelhaft ist, ob sie selbst im Interesse der Sieger liegt. Aber diese Abrüstung ist zunächst nur uns und unseren früheren Verbündeten diktiert. Zu einem Segen für die ganze Welt wird die Abrüstung erst dann werden, wenn sie allen Völkern gemeinsam auferlegt sein wird. Die Erreichung dieses letzten Zieles zu fördern, muß unsere Aufgabe sein. Wir werden dieser Aufgabe am besten gerecht, wenn wir allen militaristischen Gedankengängen endgültig entsagen, wenn wir schon unsere Jugend dazu erziehen, daß in Zukunft nicht das Schwert, sondern nur das Recht über di eBeziehungen der Völker untereinander zu entscheiden hat.

Die Seele unserer Jugend soll nicht durch Haßgesänge vergiftet werden. Der Chauvinimus war bei allen Völkern eine der Quellen, die zu diesem Kriege geführt haben. Die Welt hat an diesem einen Weltkriege wahrlich genug. Di Pflege dieses Ideals des Rechts ist nicht die Folge unserer milltärischen Niederlage, das wäre nur ein äußerliches Ergebnis. In Wirklichkeit hatten die letzten Jahre des Krieges bereits die militaristischen Auffassungen in den breiten Massen unseres Volkes völlig unterhöhlt; nur weil diese Sinnesänderung eine so umfassende und tiefgreifende war, konnte die Revolution in den Novembertagen des vergangenen Jahres so unblutig siegen, sich so rasch über ein großes Reich ausbreiten, wie noch niemals eine Revolution in der Geschichte.

Den neuen Geist des Rechts zu pflegen, sind wir aber auch den Millionen Deutschen schuldig, die infolge dieses Krieges unter fremde Herrschaft kommen und deren Verlangen nach kultureller Autonomie und nach Schutz für die deutschen Minderheiten umso sicherer erfüllt werden wird, je mehr die Welt sich davon überzeugt, daß das deutsche Volk ein friedliches Volk ist, das gemeinsam mit seinen Nachbarn die zertrümmerte europäische Kultur wieder aufbauen will und in dessen Reihen nur einflußlose Minderheiten nach militärischer Rache schreien. Je mehr wir zeigen, daß es dem deutschen Volke mit dem Gedanken des ewigen Friedens, für die sich bereits vor mehr als hundert Jahren Kant eingesetzt hat, heiliger Ernst ist, desto leichter machen wir es den von unserem Volkskörper losgerissenen Deutschen, ihr Deutschtum auch unter fremder Flagge rein zu bewahren.

Wir müssen die Welt von unserem unerschütterlichen Friedenswillen aber auch deshalb überzeugen, damit die Politik der rücksichtslosen